

Initiative für eine nach- haltige und generationen- gerechte Pflegerreform

Fakten und Argumente

www.generationengerechte-pflege.de

Fakten zur Pflegefinanzierung

In Deutschland sind immer mehr Menschen auf pflegerische Versorgung angewiesen. Dies stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, denn der steigenden Zahl von Leistungsempfängern stehen immer weniger Beitragszahler gegenüber. Gleichzeitig ist ein zunehmender Fachkräftemangel in der Altenpflege zu beobachten. Doch wie lässt sich die Pflege für alle Generationen gerecht und bezahlbar organisieren? Zu dieser Frage hat die „Initiative für eine nachhaltige und generationengerechte Pflegereform“ die wichtigsten Fakten zusammengetragen. Auf den folgenden Seiten finden Sie Informationen zu den Themen Demografie, Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung, zur sozialen Dimension der wachsenden Eigenanteile sowie zur Pflegefinanzierung.

Inhalt

1 Demografischer Wandel

2 Herausforderungen für die pflegerische Versorgung

3 Soziale Dimension der Pflegelücke

4 Grenzen der Umlagefinanzierung

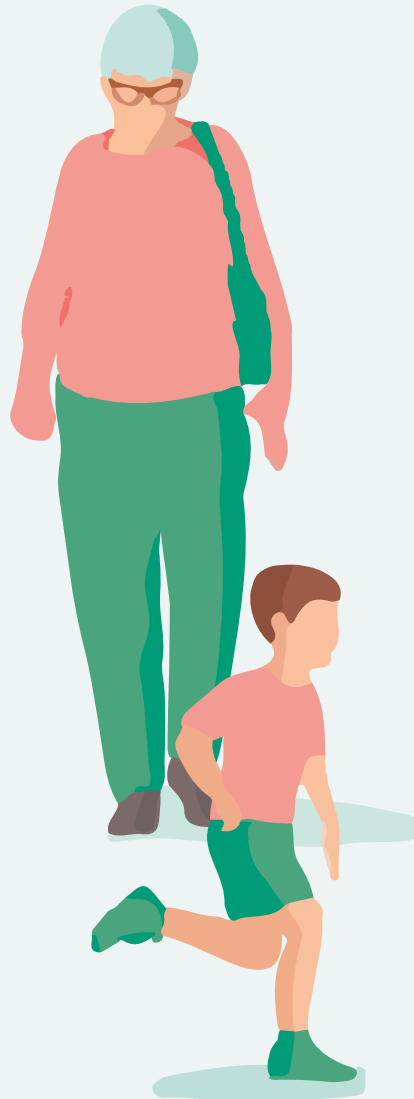
5 Alternative Steuerfinanzierung?

6 Private und betriebliche Vorsorge

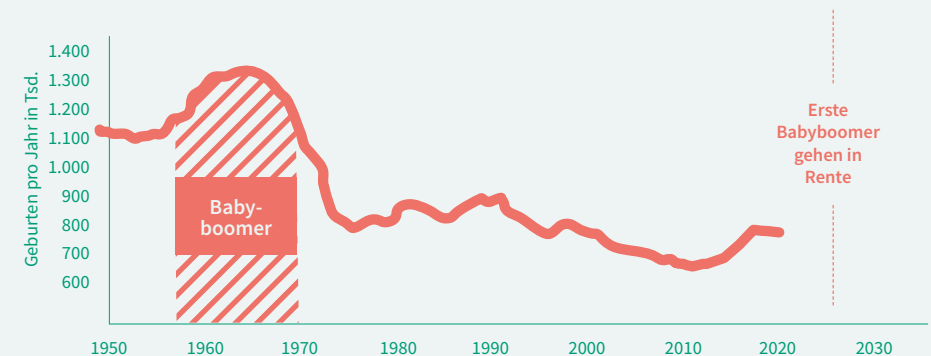
Demografischer Wandel

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird sich bereits in naher Zukunft deutlich bemerkbar machen – spätestens wenn die Generation der sogenannten Babyboomer in den kommenden fünfzehn Jahren in Rente geht. Damit wird es in den nächsten 30 Jahren auch deutlich mehr Pflegebedürftige geben: Das Bundesgesundheitsministerium prognostiziert, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen von heute 4,3 auf 6,5 Millionen im Jahr 2050 anwachsen wird.

Der wachsenden Zahl an Leistungsempfängern werden immer weniger erwerbstätige Beitragszahler gegenüberstehen. Das zeigt die Entwicklung des Altenquotienten: Heute kommen auf 100 erwerbsfähige Personen bereits 31 Personen im Rentenalter. 2030 werden es 39 sein und 2040 stehen 100 Erwerbsfähigen schon 47 Rentner gegenüber. Diese gravierende Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung ist programmiert. Der umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung gehen somit ihre demografischen Voraussetzungen verloren.

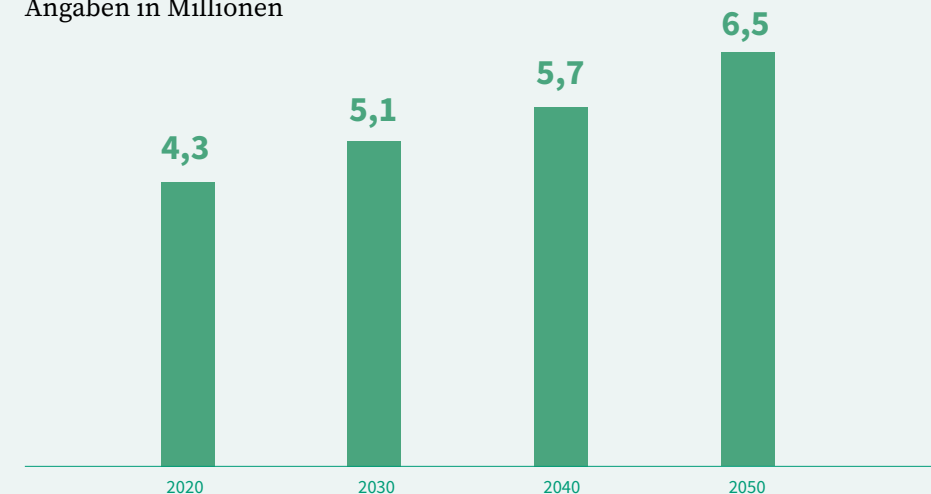


Wenn die Babyboomer in den Ruhestand gehen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Geburten

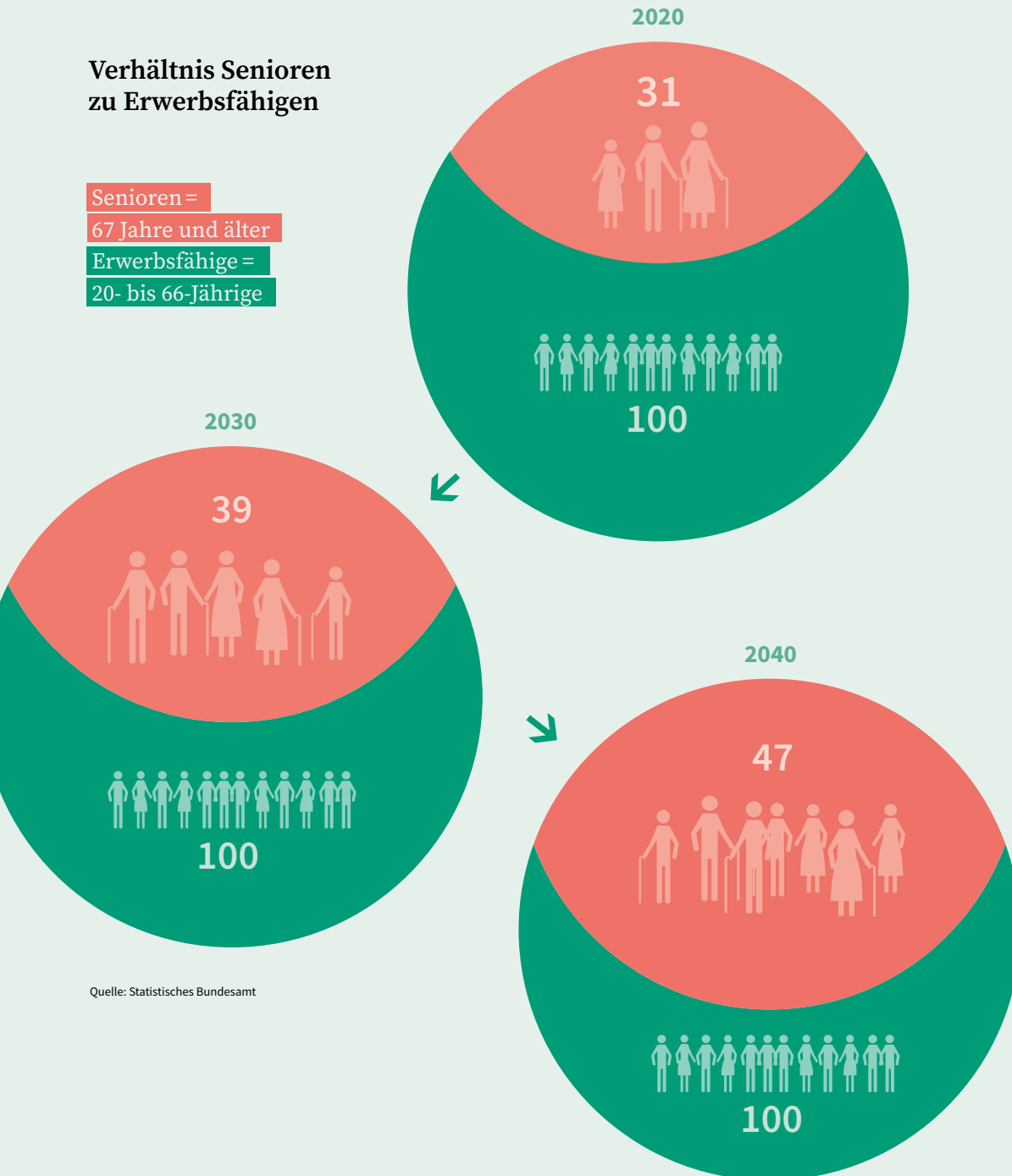
BMG-Prognose der Pflegebedürftigen in der SPV bis 2050 Angaben in Millionen



Quelle: Bundesgesundheitsministerium, Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung, Stand: Juni 2021

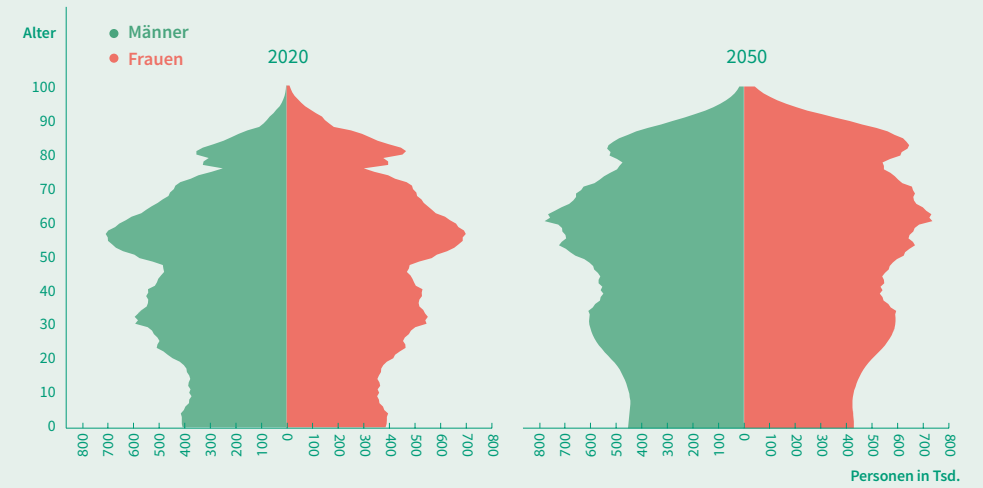
Verhältnis Senioren zu Erwerbsfähigen

Senioren =
67 Jahre und älter
Erwerbsfähige =
20- bis 66-Jährige



Quelle: Statistisches Bundesamt

Altersstruktur der Bevölkerung 2020 und 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland (Variante 1: moderate Entwicklung bei niedrigem Wanderungssaldo)



Herausforderungen für die pflegerische Versorgung

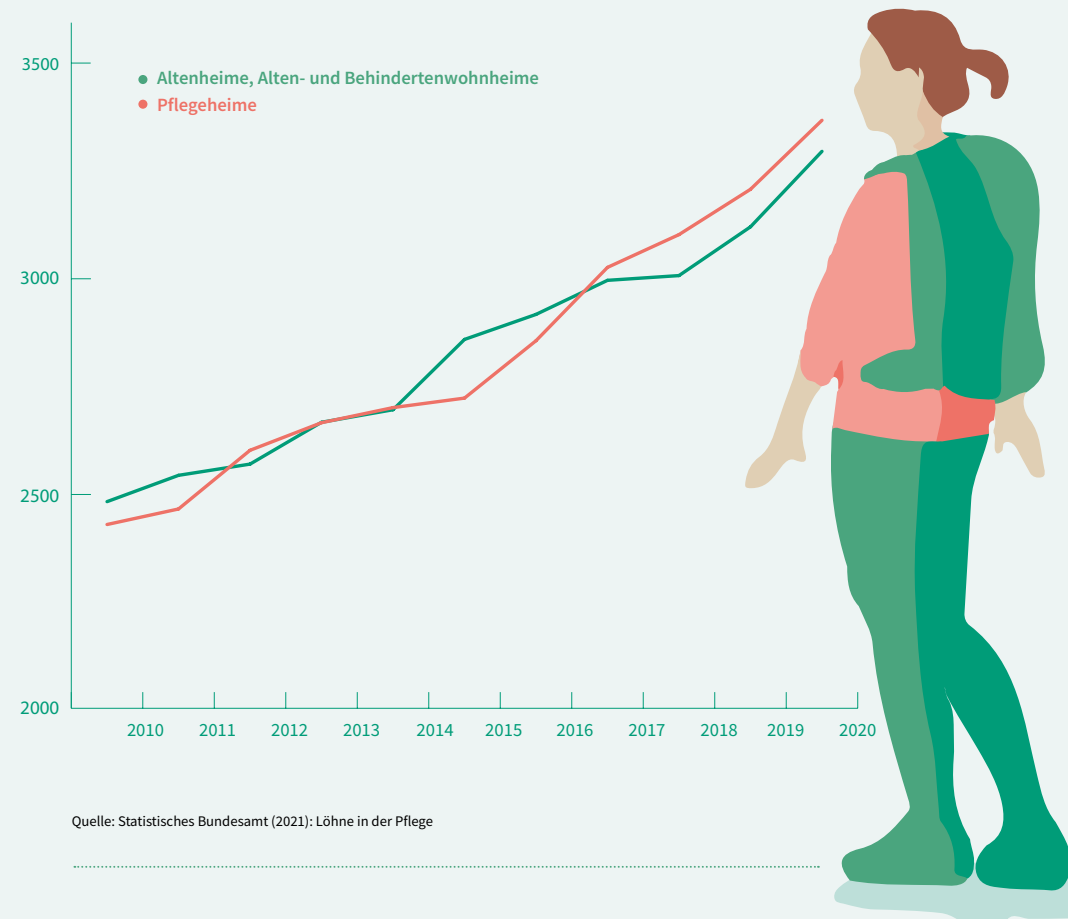
Aufgrund der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen wird auch die Nachfrage nach professioneller Pflege durch Pflegedienste und in Pflegeheimen zunehmen. Dafür wird gut ausgebildetes Fachpersonal benötigt, das vielerorts jedoch schon heute fehlt. Laut Bundesagentur für Arbeit ist das in der Altenpflege zur Verfügung stehende Potenzial an arbeitslosen Fachkräften sehr gering: Im Jahr 2000 standen 100 gemeldeten Stellen lediglich 26 Arbeitslose gegenüber. Wissenschaftler der Universität Bremen haben berechnet, dass die Fachkräftelücke in der Altenpflege von rund 20.000 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2019 auf mehr als 59.000 im Jahr 2030 zunehmen wird.

Dieser Fachkräftemangel besteht trotz steigender Löhne: Laut Statistischem Bundesamt stiegen die Bruttomonatsverdienste von Fachkräften in der stationären Pflege seit 2010 um 32,8 Prozent und von Fachkräften in Pflegeheimen sogar um 38,6 Prozent (Stand Mai 2021). Pflegekräfte in Pflegeheimen verdienen mit durchschnittlich 3.363 Euro pro Monat brutto erstmals mehr als Beschäftigte in der Gesamtwirtschaft durchschnittlich verdienen.

Die Einführung eines Tarifzwangs wird daher das Problem des Fachkräftemangels nicht lösen, sondern geht vielmehr an den vielfältigen Ursachen des Pflegekräftemangels vorbei.

Lohnentwicklung in der Pflege

Bruttomonatsverdienst von Fachkräften seit 2010 in Euro

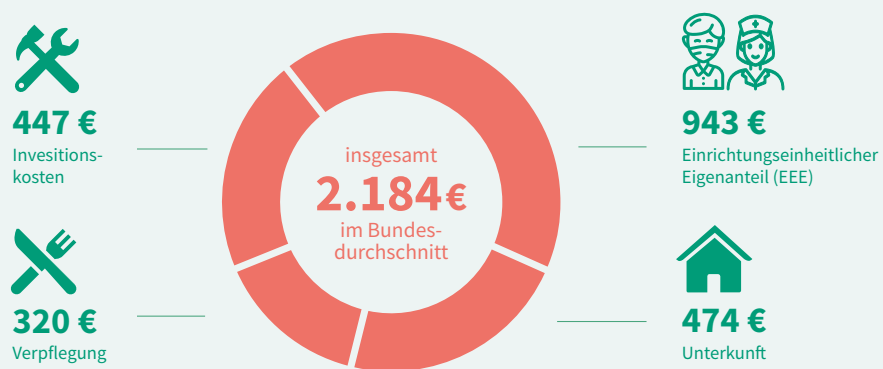


Quelle: Statistisches Bundesamt (2021): Löhne in der Pflege

Soziale Dimension der Pflegelücke

Was Pflegeheim-Bewohner selbst zahlen

Monatliche Kosten, die die gesetzliche Pflegeversicherung nicht übernimmt



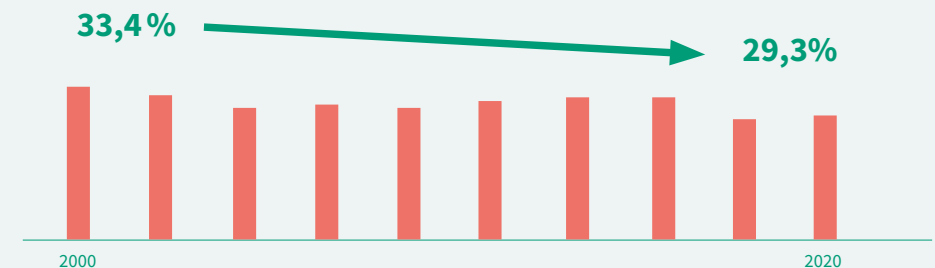
Quelle: PKV-Verband (Stand: 11.01.2022), Werte ohne Sondereinrichtungen, EEE inklusive Ausbildungsvergütung

Die gesetzliche Pflegeversicherung übernimmt nicht alle anfallenden Kosten. Die Differenz zwischen Versicherungsleistungen und Gesamtkosten wird auch Pflegelücke genannt. Bei stationärer Unterbringung im Pflegeheim liegt der Eigenanteil der Pflegebedürftigen laut Pflege-datenbank des PKV-Verbandes (Stand 11.01.2022) im Bundesdurchschnitt bei 2.184 Euro. Diese Summe setzt sich zusammen aus den pflegebedingten Kosten von 943 Euro, 447 Euro für Investitionskosten, 474 Euro für die Unterkunft und 320 Euro für die Verpflegung. Hierbei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Die höchsten Eigenanteile fallen in Baden-Württemberg (2.619 Euro) an, die geringsten Eigenanteile sind in Sachsen Thüringen (1.807 Euro) zu zahlen.

Es ist jedoch eine Legende, dass die Eigenanteile an den Pflegekosten eine Armutsfalle seien. Vor Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung bezogen 80 Prozent der Pflegebedürftigen in Einrichtungen Sozialhilfe. Es ist gerade der Pflegeversicherung zu verdanken, dass diese Quote seit über 20 Jahren bei nur noch rund 30 Prozent liegt. Zudem ist es um die Finanzen der heute älteren Generation vergleichsweise gut bestellt. Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) verfügen rund 70 Prozent der Rentnerhaushalte über ausreichend Einkommen und Vermögen, um einen dreijährigen Pflegeheimaufenthalt zu finanzieren. Nur drei Prozent der über 65-Jährigen erhalten Grundsicherung im Alter.

Empfänger von „Hilfe zur Pflege“

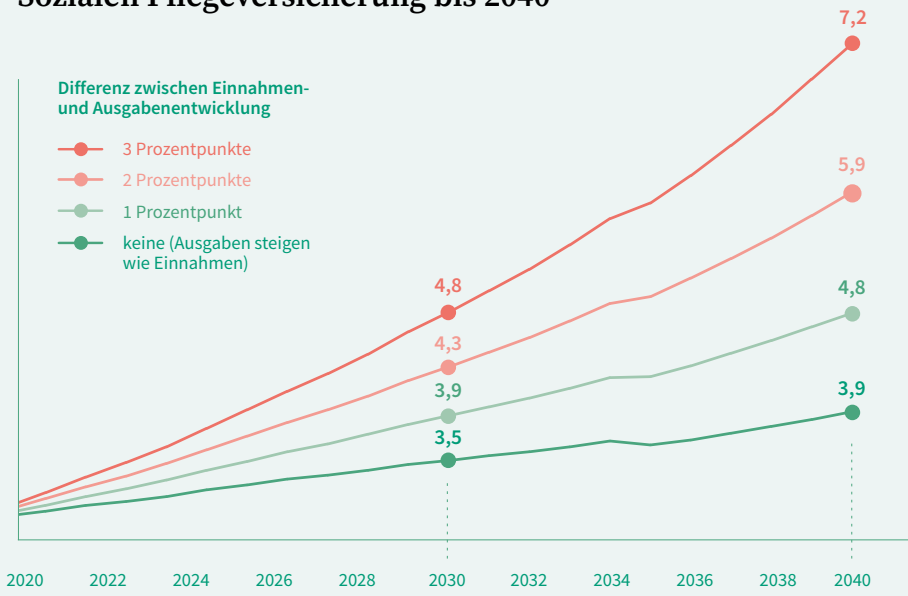
Als Anteil an allen vollstationär versorgten Pflegebedürftigen



Quelle: Statistisches Bundesamt: Empfänger/-innen von Hilfe zur Pflege am Jahresende; Pflegestatistik

Grenzen der Umlagefinanzierung

Prognose des Beitragssatzes in der Sozialen Pflegeversicherung bis 2040



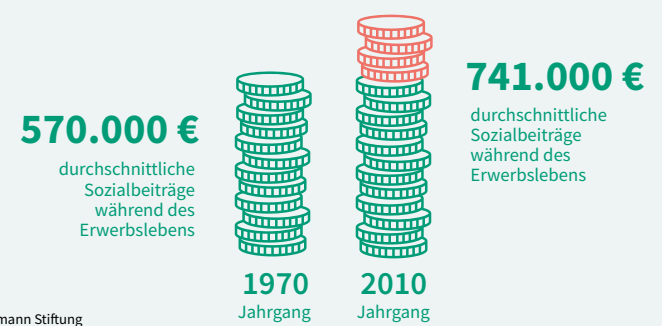
Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (2021)

Obwohl die Soziale Pflegeversicherung (SPV) zu den kleinsten Sozialversicherungszweigen gehört, laufen die Kosten hier am meisten aus dem Ruder: Um den stetigen Ausgabenanstieg finanzieren zu können, musste der SPV-Beitragssatz von 1,7 Prozent im Jahr 1997 auf mittlerweile 3,05 Prozent (3,30 Prozent für Kinderlose; ab 2022 3,40 Prozent) steigen. Seit 2015 wurde der SPV-Beitragssatz alle zwei Jahre angehoben.

Der Druck auf die Beiträge wird sich in Zukunft weiter erhöhen, zeigt das Wissenschaftliche Institut der PKV: Allein durch demografische Verschiebungen wird es zu einem Anstieg des Beitragssatzes auf 3,9 Prozent im Jahr 2040 kommen. Unterstellt man darüber hinaus den üblichen Kostendruck im System, müssten die Beitragssätze 2040 zwischen 4,8 Prozent und 7,2 Prozent liegen.

Die Lasten schultern jüngere Generationen. Sie zahlen lebenslang höhere Sozialabgaben als ältere Jahrgänge. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verdeutlicht das wachsende Ungleichgewicht der finanziellen Belastungen zwischen den Generationen. Ein 2010 geborener Mensch wird in seinem Leben durchschnittlich ein Drittel mehr Sozialbeiträge als ein im Jahr 1970 Geborener zahlen müssen.

Jüngere Generationen werden immer stärker belastet

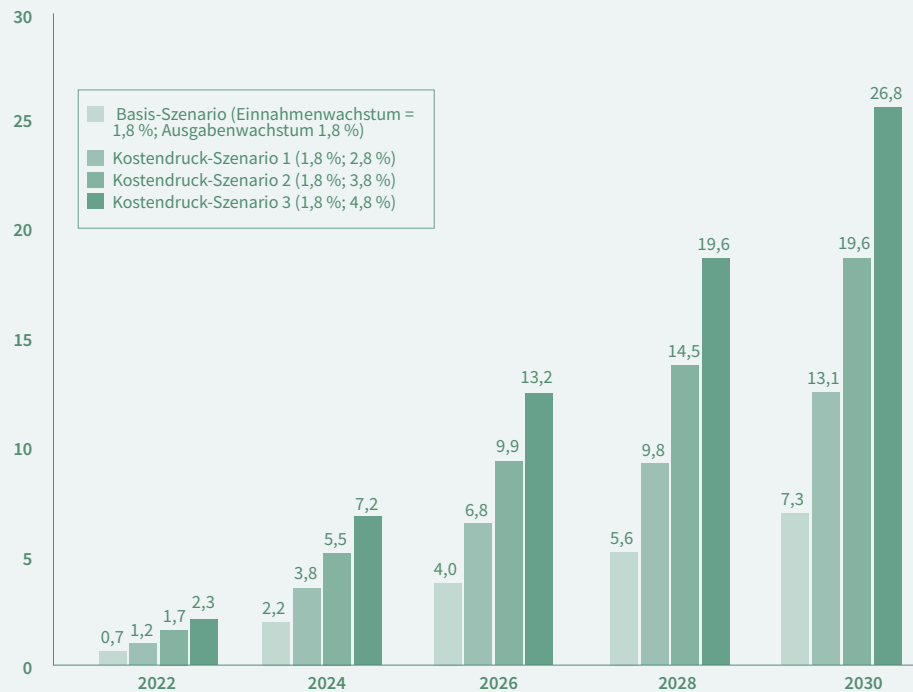


Quelle: Bertelsmann Stiftung

Alternative Steuerfinanzierung?

Steuerzuschuss, um den SPV-Beitragssatz auf dem heutigen Niveau zu halten

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (2021)

In der Politik wird immer wieder gefordert, den Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung durch Steuermittel zu stabilisieren. Dies ist jedoch keine nachhaltige Lösung:

Schon im Szenario ohne Kostendruck (d. h. die Einnahmen in der SPV entwickeln sich genauso wie die Ausgaben) müsste der Steuerzuschuss

im Jahr 2030

7,3 Mrd. Euro betragen. Mit Blick auf die Entwicklung der Vergangenheit ist dies unwahrscheinlich. Realistisch ist vielmehr, dass die Ausgaben stärker als die Einnahmen steigen. In diesem Fall wird im Jahr 2030 bereits ein Steuerzuschuss in Höhe von 13,1 bis 26,8 Mrd. Euro nötig sein.



Private und betriebliche Vorsorge

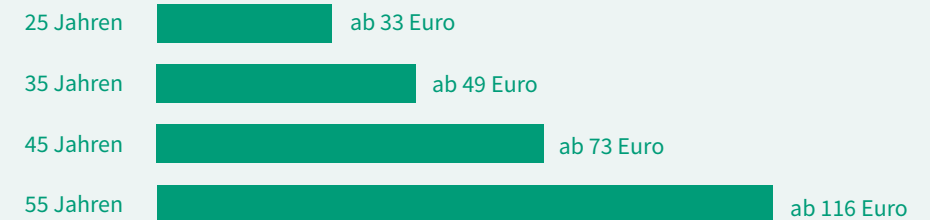
Mit einer privaten, kapitalgedeckten Vorsorge lassen sich – insbesondere in jungen Jahren – hohe Pflegekosten im Alter einfach und bezahlbar vermeiden. Eine Marktanalyse der unabhängigen Ratingagentur Assekurata zeigt, dass sich der Eigenanteil an den Pflegekosten zu weitaus niedrigeren Prämien absichern lässt als gemeinhin angenommen. Eine vollständige Absicherung der „Pflegelücke“ (Monatsgeld i.H.v. 2.100 Euro bei stationärer Pflege) gibt es für Personen im Alter von 35 Jahren schon ab 49 Euro im Monat. Grundsätzlich gilt: Je früher eine Pflegezusatzversicherung abgeschlossen wird, desto geringer fällt der zu zahlende Beitrag aus.

Pflegezusatzversicherungen eignen sich jedoch nicht nur für Privatpersonen, sondern auch als betriebliche Lösungen. Ende 2019 haben sich die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Arbeitgeberverband Chemie (BAVC) auf die tarifliche Pflegezusatzversicherung „Care Flex Chemie“ geeinigt. Diese arbeitgeberfinanzierte Pflegezusatzversicherung sichert insgesamt rund 435.000 Tarifbeschäftigte und optional 145.000 außertariflich Beschäftigte mit bis zu 1.000 Euro monatlich im Bedarfsfall ab.



Kosten einer Pflegezusatzversicherung zur vollständigen Schließung der Pflegelücke (2.100 Euro im Monat bei stationärer Pflege)

Monatsbeitrag bei Abschluss mit

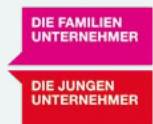


Quelle: Morgen und Morgen, ermittelt durch ASSEKURATA, Stand: Dezember 2021

Partner der Initiative



denkschmiede
gesundheit



Mehr Informationen auf www.generationengerechte-pflege.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.

Gustav-Heinemann-Ufer 74 c | 50968 Köln

Telefon (0221) 99 87-0 | Telefax -39 50 | www.pkv.de | presse@pkv.de



